



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENSTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
1010 Wien, Herrngasse 7, Telefon 01/53126-3484, E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSITZUNG vom 19. und 20.10.2016

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

Personalmaßnahmen

VERSETZUNGEN

Es wurden bundesweit 3 Versetzungen beschlossen

PLANSTELLENBESETZUNGEN

Es wurden bundesweit 36 Planstellenbesetzungen beschlossen

Anträge und Antragsbeantwortungen

Anträge

Fachausschuss Oberösterreich

Antrag auf automatische Auskunftssperre für persönliche Daten von Polizeibeamten auf allen Gemeindeämtern und Bezirksverwaltungsbehörden

Fachausschuss Kärnten

Antrag auf dringend erforderliche Aufstockung von Planstellen, umfangreiche Neuaufnahmen – GAL E2c und Besetzung der offenen und unbesetzten Planstellen

Antrag auf Schaffung bzw. Besetzung einer Hausverwalterplanstelle für das SHZ Klagenfurt

Fachausschuss Niederösterreich

Antrag auf Aufwertung der Planstelle – Leiter des Einsatzreferates beim BPK Baden

Antrag betreffend Gefahrenzulage – Anerkennung der Vergütung für besondere Gefährdung bei Mehrdienstleistungen



Fachausschuss Wien

Antrag auf Weiterführung der Kurse Fachhochschul-Bachelorstudiengang „Polizeiliche Führung“ - Nachhollaufbahn

Fachausschuss Burgenland

Antrag auf Anordnung der Durchführung der Grenzkontrollen auf allen GÜG durch Doppelstreifen welche aus 2 Polizeibediensteten bestehen soll

Antrag betreffend Gefahrenzulage auf Anerkennung der Vergütung für besondere Gefährdung bei Mehrdienstleistungen

AUF-FEG OÖ

Antrag auf ein Beratungsgespräch betreffend Adaptierung der Gefahrenzulage

Antwortschreiben

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Kärnten betreffend Sicherung der Dienststellen – Richtlinien für Arbeitsstätten

Die angeführten Vorschläge werden in den nächsten Abstimmungsbesprechungen mit einbezogen werden

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag der FCG-KDEÖ betreffend OPTT, Sovereign Citizen Movement, Freeman-Bewegung, Terranier, Reichsbürger und ähnlicher Organisationen – Schutz für einschreitende Beamte durch ledigliche Bekanntgabe der Dienstnummer und Unterfertigung mit Paraphe

Die Probleme mit den angeführten Personengruppen sind bekannt, es bedarf jedoch einer entsprechenden Gesetzesänderung. Eine Analyse betreffend der möglichen Maßnahmen wird derzeit durchgeführt.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag der AUF-FEG betreffend Anschaffung von ballistischen Helmvisieren zum maximalen Schutz von Polizisten

Zur genaueren Begutachtung der neuen ballistischen Schutzhelme wird um ein Beratungsgespräch in diesem Zusammenhang ersucht.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Tirol auf Bewertungsverbesserungen für die Kommandanten der Einsatzeinheit bei den Landespolizeidirektionen während der Dauer dieser Verwendung

Langjährige Erfahrungen im Zusammenhang mit Bewertungsverhandlungen zwischen Vertretern des Bundeskanzleramtes und des BM.I haben mehrfach gezeigt, dass die temporäre Verwendung von Bediensteten außerhalb ihres Arbeitsplatzes, bezogen auf die Häufigkeit und Dauer der Verwendung im Österreich weit zu sehenden Verhältnis nicht ausreicht, die Funktion eines qualifizierten Sachbearbeiters zu rechtfertigen, zumal die Tätigkeit unter konkreten Vorgaben der jeweiligen Einsatzleitung erfolgt und mit der in der Arbeitsplatzbeschreibung festgehaltenen „uneingeschränkten Verrichtung des operativen Exekutivdienstes“ im Zusammenhang steht.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des ZA betreffend Aufwertung der Planstelle des Referatsleiters Einsatz bei diversen SPK und BPK bundesweit

Ungeachtet der bestehenden Mehrbelastung in Zeiten erhöhter Migrationsbewegungen sind die betreffenden Arbeitsplätze der Einsatzreferenten, gemäß Bewertungs- und Zuordnungskatalog, grundsätzlich bundesweit der Wertigkeit E2a/5 zugeordnet. Die beantragte Höherbewertung auf E2a/7 ist nur in Ausnahmefällen, bis dato in vier SPK-Bereichen der LPD Wien, auf Grund verschiedenster Parameter, zu begründen.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Kärnten auf Aufnahme einer Teilzeitkraft für die Polizeiküche in Villach

Auf Grund Verlängerung des befristeten Dienstverhältnisses einer Köchin und dem Umstand, dass eine Küchenkraft mit 02.12.2016 aus dem Karenzurlaub zurückkehrt, erscheint die Aufnahme einer Teilzeitkraft nicht mehr erforderlich.

Schadensfälle:

Am 23.08.2016 wurden 20 Schadensfälle durch den zuständigen Unterausschuss verhandelt. Die Ergebnisse wurden den betroffenen Kolleginnen und Kollegen mitgeteilt.

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentrallausschuss insgesamt 282 Schriftstücke behandelt.

Mit kollegialen Grüßen

Reinhard ZIMMERMANN
Vorsitzender

Hermann WALLY
Vorsitzender Stv.

Dietmar HEBENSTREIT
Vorsitzender Stv.

